Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal — **Amtliches Verordnungsblatt**

Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 8.00 Mark mit der Beilage „Christliche Familie" 12.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowski, Steinheim.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Grundzeile (Petit, 45 mm breit) oder deren Raum 80 Pfg., die Reklamezeile (Petit, 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark. Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden. Druck und Verlag: Carl Simonowski, Steinheim i. Westf.

Nr. 124. Steinheim, Donnerstag, den 17. November 1921. 28. Jahrgang.

Der Geist der Versöhnung.

In der Welt fängt man an, vom Geist der Versöhnung zu sprechen, der wieder zwischen den Völkern zur Herrschaft kommen müsse. Das ist ohne Zweifel sehr richtig und sehr notwendig, und es ist auch sehr gut, daß solche Worte auf der Gegenseite gesprochen werden. Aber wir Deutsche haben das Gefühl, daß gerade solcher Worte nun genug gewechselt worden sind und daß man nun endlich Taten sehen müßte. Von denen ist aber so gut wie nichts zu merken, ja, mehr als das, man spricht vom Geist der Versöhnung und behandelt dabei die deutschen Vertreter in einem Teil der ehemals feindlichen Länder in einer Weise, die geradezu von schlechter Kinderstube in einer Gesellschaftsschicht zeugt, die doch, wie die diplomatischen Kreise, sonst so großen Wert auf die Betonung der guten Kinderstube legen, die ihnen zuteil geworden sei. Man sollte doch glauben, daß nach dem Kriege mitten im Friedenszustande, der doch nun herrschen soll, ein deutscher Botschafter in Paris und vor allem in dem nicht mehr so vom Haß befangenen London zum mindesten gesellschaftlich als gleichberechtigt eingeschätzt werden muß, wenn man ihn schon nicht mehr als Vertreter eines großen Volkes gelten lassen will.

Davon kann aber gar keine Rede sein, im Gegenteil, man setzt bis in die jüngste Zeit diese Politik der Nadelstiche fort, die die deutschen Botschafter als Vertreter unseres Volkes ebenso deklassieren sollen, wie man durch alle die Verdrehungen und Verleumdungen unser Volk als solches in der Welt mit großem Erfolg zu deklassieren und zum Paria zu stempeln versucht hat. Zwei Beispiele der letzten Tage lassen das wieder einmal klar erkennen. Das erste betrifft Paris. Der deutsche Botschafter Mayer ist dazu da, im französischen Auswärtigen Amt die Befehle und Rüffel des Obersten Rates oder der Botschafterkonferenz entgegenzunehmen, wenn aber der Staatspräsident Millerand das diplomatische Korps nach Rambouillet zur Jagd einläd, dann erhält der deutsche Botschafter keine Einladung, weil er nun einmal ein Boche und darum ein minderwertiges Wesen gegenüber einem Angehörigen der nun einmal unvergleichlichen „Grande Nation" ist. Und, was in Paris recht ist, ist in London billig. Auch dort spricht man nachgerade aus einem wirtschaftlich nicht zu verkennendem Bedürfnis heraus viel von Versöhnung und Verständigung. So hat beim diesjährigen Guildhall-Bankett der englische Minister des Aeußeren, Lord Curzon, eine schöne Rede auf das diplomatische Korps gehalten, das der Welt die Segnungen des Friedens wiedergeben müsse, was nur durch internationale Verständigung und Zusammenarbeit möglich sei. Die Völker müßten wieder eine Art Familie werden. Das sind wunderschöne Worte, aber leider auch nur Worte, denn in dem diplomatischen Korps, an das die schönen Worte gerichtet waren, fehlten die Vertreter der ehemals feindlichen Länder, also auch Deutschlands, weil man sie nicht eingeladen hatte.

So sieht der „Geist der Versöhnung" in Taten aus, das ist das Zusammenarbeiten, das nichts mit den schönsten Worten zu tun hat. Und so lange den Worten nicht die Taten folgen, bleibt alles Gerede von Versöhnung und Zusammenarbeit eitles Wortgeklingel.

Beginn der Abrüstungskonferenz

Hardings Begrüßungsrede.

Die Abrüstungskonferenz in Washington wurde mit einer Ansprache des Präsidenten Harding eröffnet. Harding bot zu Beginn seiner Begrüßungsrede den verschiedenen Delegationen ein Willkommen und begründete alsdann den Gegenstand der Konferenz. Die Pflicht der Konferenz sei, die Hoffnungen und Wünsche der Brüderlichkeit, die sich gerade aus dem großen Krieg ergeben hätten, zu verstärken. Die Welt drohe unter dem Gewicht ihrer Schulden zusammenzubrechen. Darum wünsche alle Welt eine wirkliche Einschränkung der Rüstungen und fordere, daß der Krieg außerhalb des Gesetzes gestellt werde.

Präsident Harding legte alsdann den Standpunkt der Vereinigten Staaten in der Abrüstungsfrage dar und erklärte, man dürfe nicht annehmen, daß ihr Wunsch auf Einschränkung der Rüstungen einem Gefühl der Furcht entspränge. Amerika wünsche lediglich der internationalen Verständigung zu dienen. Diese könnte nur durch gegenseitiges Opferbringen erreicht werden. Es sei aber nicht beabsichtigt, daß die einzelnen Völker ihre Rechte aufgeben und ihre Freiheit beschränken müssen. Wir wollen, so führte Harding aus, die Bestrebungen der Völker und die nationalen Notwendigkeiten nicht verkennen. Kein notwendiger Stolz darf verletzt oder gedemütigt, keine Nationalität erdrosselt werden. Man habe sich hier vereinigt, um der Humanität zu dienen, die Friedensgarantien zu verstärken, die Lasten der Völker zu vermindern und eine bessere Zukunft herbeizuführen sowie die Ordnung in der Welt wiederherzustellen. Die Konferenz habe nicht die Absicht, einen Völkerbund darzustellen und die Menschheit zu reformieren. Amerika wünsche lediglich einen Zusammenschluß der Aufrichtigen, um die Ursachen der Kriege zu vermindern und einen glückbringenden Frieden zu festigen. Das amerikanische Volk sei aufrichtig in seinem Wunsche, die Rüstungen vermindert und die Kriege verschwinden zu sehen, und hoffe, daß die übrige Welt von derselben Absicht beseelt sei.

Die Vorschläge der amerikanischen Delegation.

Nach Hardings Eröffnungsrede wurde der amerikanische Staatssekretär Hughes auf Vorschlag des englischen Delegierten Balfour zum ständigen Vorsitzenden gewählt. Als Verhandlungssprache sind englisch und französisch zugelassen. Nach Uebernahme des Vorsitzes entwickelte Hughes den amerikanischen Abrüstungsplan für die sofortige Einschränkung der Seerüstungen. Im Namen der amerikanischen Delegation schlug er eine Herabsetzung der Gesamttonnage der Großkampfschiffe um über die Hälfte und eine Schiffsbaupause für zehn Jahre vor.

Nach der Rede von Hughes wurde eine Abrüstungskommission gebildet aus den Führern der Abordnungen der fünf Großmächte, dazu treten als Beigeordnete für die Fragen des Stillen Ozeans je ein Abgeordneter der vier anderen Mächte.

Eine Rede Briands.

Darauf verlangten die Mitglieder der Konferenz nach einer Rede Briands und riefen wiederholt seinen Namen. Briand, der sehr überrascht schien, hielt eine Ansprache aus dem Stegreif und sagte darin, als Frankreich die Einladung Hardings erhalten hatte, habe, habe es „hier!" gerufen sowohl aus unauslöschlicher Dankbarkeit gegenüber den Vereinigten Staaten, als auch aus persönlicher Eingebung und geleitet von dem brennenden Wunsche, bei der Lösung jeder Frage mitzuarbeiten, welche der Befestigung des Friedens diene und geeignet sei, ihn im Rahmen des Möglichen zu einem dauernden zu machen. Briand betonte, daß Frankreich trotz der ihm von der Nachbarsseite drohenden Gefahren mit ganzem Willen und ganzem Herzen auf der Konferenz die Mittel suchen wolle, die kostspieligen Rüstungen einzuschränken. Frankreich habe schon viel getan; es werde diesen Weg bis zu Ende gehen. Besser als sonst jemand wisse Frankreich, was ein Krieg koste, und es liebe daher über alles den Frieden. Briand schloß seine Rede, indem er sagte, wenn morgen die Sicherheit Frankreichs wiederhergestellt sei, werde es bereit sein, zu sagen: „Die Waffen nieder!"

Amerikas Abrüstungsplan.

Wegfall von 66 Großkampfschiffen. — Schiffsbaupause für 10 Jahre.

Das amerikanische Programm für die sofortige Beschränkung der Seerüstungen hat wegen seiner weitgehenden Forderungen in den Kreisen der Konferenzmitglieder ungeheures Aufsehen erregt, da die Vorschläge des Staatssekretärs Hughes den ausländischen Delegationen und auch der öffentlichen Meinung Amerikas völlig überraschend gekommen sind und alle Erwartungen weit übertroffen haben.

Die erste wichtige Forderung des amerikanischen Abrüstungsvorschlages geht dahin, die Gesamttonnage der Großkampfschiffe auf die Hälfte herabzusetzen.

Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Japan sollen künftig sechsundsechzig Großkampfschiffe mit einem Gesamttonnengehalt von 1 878 043 Tonnen aus der Liste der Kriegsschiffe streichen; Amerikas Anteil würde 845 740 Tonnen betragen, Großbritanniens Anteil neunzehn Schiffe (583 375 Tonnen) und Japans Anteil siebzehn Schiffe (448 928 Tonnen).

Nach Annahme des Programms würde Großbritannien 22 Großkampfschiffe (604 450 Tonnen) behalten dürfen, Amerika 18 (500 650 Tonnen) und Japan 10 (299 600 Tonnen). Das von Hughes aufgestellte Programm bedeutet also die Anerkennung des britischen Vorrechtes, die größte Flotte zu unterhalten.

Der zweitwichtigste Punkt des amerikanischen Abrüstungsprogramms ist die Einführung einer Schiffsbaupause, die sofort beginnen und zehn Jahre dauern soll. Nach Ablauf dieser zehn Jahre soll für die Flottenstärke eine Grundlage von je 500 000 Tonnen für England und die Vereinigten Staaten und von 300 000 für Japan gelten.

Hughes betonte, Amerika sei entschlossen, einen ernstlichen Schritt in der Abrüstung durch die Aufstellung dieses Programmes zu unternehmen. Amerika habe gegenwärtig 15 Kriegsschiffe im Bau, falls das vorgeschlagene Programm angenommen werde, sei Amerika bereit, auch diese Schiffe zu streichen.

*

Die Alliierten beraten . . .

Nach einer Meldung der Agence Havas aus Washington hat Briand nach Schluß der Eröffnungssitzung erklärt, sie sei ein ausgezeichneter Anfang gewesen. Hughes habe sich unmittelbar an die Wirklichkeit gehalten und einen freimütigen und aufrichtigen Vorschlag gemacht. Balfour habe von der Erklärung des amerikanischen Staatssekretärs gesagt, sie sei gut, eines Staatsmannes würdig und enthalte unbegrenzte Möglichkeiten. Die Klarheit der von Hughes ausgesprochenen Gedanken habe einen starken Eindruck auf ihn gemacht, und er hoffe zuversichtlich auf ein befriedigendes Ergebnis.

Admiral Beatty und die englischen Marinesachverständigen sind bereits zusammengetreten, um die Vorschläge von Hughes zu erörtern.

Wie der „Temps" mitteilt, sind auch die japanischen Sachverständigen in Washington zusammengetreten, um der Konferenz unverzüglich einen Vorschlag unterbreiten zu können. Dieser Vorschlag soll eine positive Kritik enthalten und namentlich die Beseitigung der amerikanischen Marinestützpunkte im Stillen Ozean, auf den Philippinen und der Insel Guam verlangen.

Der Sonderberichterstatter des „Intransigeant" berichtet aus Washington, die englische Delegation habe vernehmen lassen, daß sie grundsätzlich bereit sei, den Vorschlag Hughes anzunehmen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 15. November 1921.

— Die Reichsregierung hat dem Reichstage ein umfangreiches Weißbuch über das Saargebiet zugehen lassen, das den Titel trägt: „Das Saargebiet unter der Herrschaft des Waffenstillstandsabkommens und des Vertrages von Versailles."

— Die oberschlesische Grenzfestsetzungskommission hat in Kattowitz mit ihren Arbeiten begonnen.

— Der Verbandssekretär Hirtsiefer in Essen ist jetzt amtlich zum preußischen Minister für Volkswohlfahrt ernannt worden.

— Der infolge der Kabinettsumbildung ausscheidende bisherige preußische Kultusminister Dr. Becker übernimmt den bereits früher von ihm verwalteten Posten des Staatssekretärs im Kultusministerium.

— Der Goldankaufspreis wurde auf 850 Mark für ein Zwanzigmarkstück erhöht.

— Der Oberpräsident von Hannover hat den Kleinhandelsverkauf von Gegenständen des täglichen Bedarfs an Ausländer und die Vermittlung solcher Verkäufe durch Banken verboten.

*

:: **Bayerische Ernährungswünsche.** Im Anschluß an die neuliche Besprechung des bayerischen Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld mit dem Reichskanzler fand in deren Anwesenheit und unter Beteiligung des bayerischen Handelsministers Hamm und des Reichsministers Hermes eine weitere Aussprache in der Reichskanzlei über die Ernährungslage und die Teuerungsverhältnisse statt. Den von Bayern ausgesprochenen Wünschen sicherte die Reichsregierung weitgehende Berücksichtigung zu.

:: **Stadtverordnetenwahlen in Sachsen.** Am Sonntag haben in verschiedenen Städten des Freistaates Sachsen Neuwahlen für die Stadtverordnetenversammlungen stattgefunden. In Dresden verfügten die sozialistischen Parteien bisher über 43, die Bürgerlichen über 41 Sitze. Nach der Neuwahl wird sich das Verhältnis voraussichtlich 41 : 43, also zugunsten der Bürgerlichen gestalten. — In Leipzig werden die drei sozialistischen Parteien 37, die Bürgerlichen 34 Sitze in der neuen Stadtverordnetenversammlung haben. In Oschatz erhielten Bürgerliche und Sozialisten je 9 Sitze. — In Schwerin (Mecklenburg) entfielen auf die bürgerliche Einheitsliste 28, Demokraten 4, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 1 und Kommunisten 2 Sitze.

:: **Kompromiß auf dem Demokratischen Parteitag.** Der Verlauf der Bremer Tagung der Deutsch-demokratischen Partei ließ erkennen, daß die Stellungnahme der demokratischen Reichstagsfraktion während der letzten Regierungskrise in weiten Kreisen der Partei große Mißstimmung hervorgerufen hat. Der frühere Reichsminister Preuß wandte sich in der Diskussion entschieden gegen das Fraktionsregiment, das an die Stelle der Verantwortung bewußter Einzelpersönlichkeiten getreten sei. Er formulierte dies scharf dahin, daß der Eintritt in die Regierung und der Austritt nicht auf Grund des Gebots oder des Verbots der Fraktion, sondern nur auf Grund des Vertrauens oder Mißtrauens des Reichstages erfolgen dürfe. Nach langer Debatte einigte man sich schließlich auf folgende Kompromißformel:

> „Die Deutsche Demokratische Partei ist als eine ausgesprochen republikanische Partei begründet worden. Zweck ihrer Gründung und Inhalt ihres Parteiprogramms ist die Verwirklichung nationaler und sozialer Politik auf dem Boden der Demokratie. Eine solche Demokratie ist eine Notwendigkeit zur Erhaltung der Einheit des Volkes und zur Wiederaufrichtung des deutschen Vaterlandes. Unter den gegenwärtigen deutschen Parteiverhältnissen ist eine Regierungsbildung auf möglichst breiter Grundlage zur Verwirklichung dieses Zieles erstrebenswert. Der Parteitag begrüßt die gründliche und offenherzige Aussprache über die künftige Politik der Partei und spricht der Reichstagsfraktion das Vertrauen aus."

Es ist anzunehmen, daß nach diesem Ausgang des Parteitages Rathenau bereit sein dürfte, wenn er gebeten würde, in das Reichskabinett wieder einzutreten.

:: **Das Vereinsverbot des Reichswehrministers.** Das Reichswehrministerium hat im Verfolg des § 36 des Wehrgesetzes nach Rückfragen bei den zuständigen Ministerien des Innern bestimmt, daß der Alldeutsche Verband, der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, der „Bund der Aufrechten" und die Deutsche Friedensgesellschaft als politische Vereine, der Guttempler-Orden, der Verein „Rheinland" und die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangenen-Heimkehrer dagegen als nichtpolitische Vereine anzusprechen sind. Erstere sind demnach für die Angehörigen der Reichswehr verboten, letztere erlaubt.

:: **Der Beamtenbund gegen die Industrieforderungen.** Der Deutsche Beamtenbund hat sich in einer öffentlichen Erklärung mit aller Entschiedenheit gegen die Ueberführung der Reichseisenbahnen und der übrigen Reichsbetriebe in Privatbesitz ausgesprochen. Nach Ansicht des Beamtenbundes soll die Kreditaktion, die ursprünglich als eine patriotische Großtat ausgegeben worden sei, nunmehr zur Stärkung einseitiger politischer Macht benutzt werden. Die Sanierung der Eisenbahnen, die nötig sei, könne ohne Auslieferung der Reichseisenbahnen in die Hand des privaten Großkapitals bei Durchführung gesunder wirtschaftlicher Grundsätze erreicht werden. Mit der Eisenbahnbeamtenschaft seien auch alle anderen im Deutschen Beamtenbund organisierten Beamten darüber einig, daß dieser selbstsüchtige, mit dem Allgemeinwohl unvereinbare Versuch der Industrie mit allen Mitteln abgewehrt werden müsse.

:: **Die Verhandlungen mit der Reparationskommission.** Zwischen der Reparationskommission und Vertretern der Reichsregierung haben Besprechungen stattgefunden, über die Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium, der deutscherseits die Besprechungen mit der Reparationskommission führte, dem Reichskanzler Bericht erstattete. Die Besprechungen innerhalb der Regierung über diesen Gegenstand werden fortgesetzt. Ueber die Finanzlage des Reiches und die Steuergesetzgebung haben die bisher hier schon tätigen Mitglieder der Garantiekommission bereits eingehende Unterlagen erhalten, die auf Wunsch der Reparationskommission noch ergänzt werden. Die offiziellen Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der Reparationskommission sind noch nicht aufgenommen worden, und es ist auch noch nicht bekannt, wann die erste Sitzung stattfinden wird.

:: **England und das Wiesbadener Abkommen.** Auf dem deutsch-demokratischen Parteitage in Bremen sprach der frühere Wiederaufbauminister Dr. Rathenau über „Das Erfüllungsproblem und die deutsche Wirtschaft". Hierbei führte er u. a. aus:

„Die Verständigung mit Frankreich wurde verfolgt mit voller Kenntnis der englischen Regierung. Man hat gesagt, man habe England mit Wiesbaden verärgert: deshalb habe es uns in Oberschlesien im Stiche gelassen. Das stimmt nicht; denn die englische Politik war in ihrer Haltung gegenüber Oberschlesien nicht frei. Die Wiesbadener Abmachungen sind mit England in jeder Phase durchgesprochen, England wußte sie, billigte sie und hatte in der Reparationskommission entschiedenen Einfluß auf die Gestaltung. England schickt sich jetzt an, dort die Wiesbadener Abmachungen in einzelnen Punkten abzuändern, hoffentlich zu unseren Gunsten."

Dr. Rathenau teilte dann noch mit, der englische Delegierte in der Wiedergutmachungskommission, Sir John Bradbury, der zurzeit in Berlin weilt, habe ihm erklärt, daß er den von uns eingeschlagenen Weg von Wiesbaden für den richtigen halte. Zu der Kredithilfe der Industrie bemerkte Rathenau, sie bedeute eine große Opferwilligkeit, aber die Form, in der sie jetzt angeboten wird, sei zu bedauern. Bedingungslos hätte die Industrie ihre Hilfe geben sollen.

:: **Rückkehr der englischen Truppen nach Bonn.** Infolge des Abtransportes englischer Verstärkungstruppen nach Oberschlesien aus der Umgebung von Köln war ein großer Teil der Kölner Besatzung nach und nach durch französische Truppenteile ersetzt worden. Wie bekannt wird, werden die Franzosen, die sogar einen Teil der Stadt Köln selbst besetzt haben, demnächst abgelöst und durch englische Truppen ersetzt werden. Unter anderem wird auch die Stadt Bonn wieder ausschließlich englische Besatzung erhalten.

:: **Verteuerung der Fernsprechgebühren um 80 v. H.** Wie bereits bekannt, wird der Reichstag demnächst über eine neue fast verdoppelte Erhöhung sämtlicher Postgebühren zu beraten haben. Wie die „Voss. Ztg." weiter erfährt, besteht die Reichspostverwaltung auf einer neuen, vom Verkehrsbeirat abgelehnten Erhöhung der Fernsprechgebühren; sie besteht nicht nur auf dem Zuschlag von 20 v. H. zu den jetzt gültigen Sätzen, sondern fordert vom 1. Januar n. J. ab eine Verteuerung um 80 v. H. Durch das Fernsprechgebührengesetz vom 11. Juli 1921 ist zu dieser Erhöhung nur die Zustimmung des Reichsrates und eines 21gliedrigen Ausschusses des Reichstages notwendig. — Die Postverwaltung rechnet, sehr optimistisch, mit einem Verkehrsrückgang von nur 5 v. H. und kommt, auf Grund dieser Rechnung, auf eine Mehreinnahme von rund 3½ Milliarden Mark.

:: **Die deutsche Reparationsschuld.** „Chicago Tribune" berichtet aus Washington, daß das Handelsdepartement eine Uebersicht über die Gesamtheit der deutschen Reparationsschuld veröffentlicht hat, die sich hiernach auf 32 455 600 000 Dollar beläuft und durch Schuldverschreibungen der Serien A, B, C gedeckt sei, von denen die Serie C noch nicht ausgegeben sei. Bei einer festen Jahreszahlung von 476 600 000 Dollar, die vierteljährlich zahlbar ist, und einer 26prozentigen Abgabe vom Wert der deutschen Ausfuhr, die ebenfalls vierteljährlich und zwar in bar oder in Waren zahlbar ist, werden — so sagt die Veröffentlichung — die gesamten Zahlungen für das am 30. April 1922 endende Reparationsjahr sich auf 5 512 730 000 Dollar belaufen. Die bis jetzt bezahlte Summe sei 369 000 000 Dollar.

:: **Die Presse im besetzten Gebiet.** Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete hat sich an die Besatzungsbehörden gewandt, um eine Milderung der Ausnahmebestimmungen für die deutsche Presse im besetzten Gebiet zu erreichen. Das Gesuch wurde abgelehnt.

:: **Die Gemeindewahlen in Ostsachsen.** In Ostsachsen haben, soweit die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen vom Sonntag vorliegen, die Bürgerlichen den Sieg über die Sozialdemokraten davongetragen. In allen Orten büßte die sozialdemokratische Partei mehrere Sitze zugunsten der Bürgerlichen ein und in den meisten Orten gewannen die Bürgerlichen die Mehrheit, auch in solchen Orten, in denen die Sozialdemokraten bisher die Mehrheit besaßen.

— **Berlin, 16. November.** Wie der „Vorwärts" erfährt, wird sich das Reichskabinett in nächster Zeit mit Vorlagen beschäftigen, die jede Preisfestsetzung, die nicht durch die Valuta und die höheren Spesen als berechtigt anerkannt wird, als Wucher unter hohe Strafen fallen läßt. Die Preisfestsetzungen sollen gemeinsam mit den zuständigen Behörden erfolgen.

Postminister Giesberts im Vatikan.

— **Rom,** 16. Nov. Reichspostminister Giesberts, der mit einer Abordnung deutscher Metallarbeiter zum christlichen Metallarbeiterkongreß hier eingetroffen ist, wurde vom Papst in einer Audienz empfangen.

Sturz der englischen Rüstungsaktien.

— **London,** 16. November. Die großen englischen Rüstungskonzerne sind über die Abrüstungsvorschläge auf der Washingtoner Konferenz, die ihre Interessen berührten, sehr beunruhigt. Die „Morning Post" berichtet von einem großen Sturz in Rüstungsaktien, und zwar der Aktien von Eisen- und Stahlwerken.

Erhöhung der Gerichtsgebühren um 40 Prozent.

— **Berlin,** 16. November. Wie verlautet, sollen sämtliche Gerichtsgebühren um 40 v. H. erhöht werden. Eine entsprechende Vorlage geht dem Reichstage noch vor Weihnachten zu.

Fehrenbach über Wirth.

— **Oldenburg,** 16. November. In einer von der Zentrumspartei einberufenen öffentlichen Volksversammlung sprach gestern abend Reichskanzler a. D. Fehrenbach über die politische Lage und führte dabei über die Politik Wirths u. a. folgendes aus: Man tut Dr. Wirth kein Unrecht, wenn man seine politische Stellung als etwas linksgerichtet bezeichnet. Trotzdem ist er ein echter Zentrumsmann, der auf der mittleren Linie des Parteiprogramms sich hält. Die Zeit zur Bildung einer neuen Regierung war so dringend, daß sich keine andere Möglichkeit ergab, als daß Wirth wieder den Kanzlerposten übernahm und ein nicht ausgesprochen parteipolitisches Kabinett zusammenstellte.

Genf als Verhandlungsort.

— **Berlin,** 16. November. Als Verhandlungsort für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien soll jetzt endgültig Genf bestimmt worden sein.

Die japanischen Gegenvorschläge.

— **Paris,** 16. November. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Washington wird die japanische Delegation sich mit der Einschränkung der japanischen Flotte auf zehn Großschiffe einverstanden erklären, jedoch eine entsprechende Herabsetzung der englischen und amerikanischen Flottenstärke verlangen. Nach einer anderen Meldung wird Japan vorschlagen, 70 statt 60 Prozent der Stärke der britischen Flotte behalten zu dürfen.

China fordert seine Unabhängigkeit.

— **Washington,** 16. November. Die chinesische Delegation der Abrüstungskonferenz wird bei der Beratung der Fragen des Stillen Ozeans und des Fernen Ostens den Antrag stellen, daß es ihm gestattet werden möge, sich als eine von japanischer Kontrolle freie, völlig unabhängige Nation zu entwickeln.

Liebe erweckt Liebe.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

Die beiden jungen Frauen begrüßten sich lebhaft Es gab wohl keinen größeren Unterschied als diese beiden Frauengestalten. Fee in ihrer blühenden, jugendkräftigen Schönheit mit den strahlenden, sonnigen Augen und den elastischen Bewegungen — und daneben die überschlanke, etwas vornüber geneigte, kraftlose Ellen mit dem fast blutleeren Antlitz, dem farblosen Teint und den großen, mattblickenden Augen, müde und lässig in Haltung und Bewegung.

Beide trugen elegante, helle Frühjahrskleider, fast in demselben Farbenton, und doch, wie verschieden wirkten die beiden Frauen!

Von einem heißen, unbestimmten Mitleid erfüllt, zog Fee die junge Frau neben sich aufs Sofa.

„Wie geht es dir, Ellen? Fühlst du dich wohl?" fragte sie herzlich.

In Ellens farbloses Gesicht stieg eine matte Röte, und ein Lächeln umspielte ihren Mund.

„Ach, du meinst, weil ich etwas blaß aussehe?"

„Allerdings, Ellen. Ist dir die weite Reise nicht gut bekommen?"

Wieder lächelte Ellen — ein wenig matt, ein wenig verlegen.

„Es hat nichts weiter auf sich, Fee. Meine Eltern waren auch erst erschrocken über mein Aussehen. Natürlich haben sie gleich den Arzt herbeizitiert. Mama ist immer gleich so ängstlich. Nun ja — und ein Arzt war ja auch gar nicht nötig."

„Das ist ja erfreulich, Ellen. So ist es wohl nur ein wenig Abspannung von der langen Reise? Ihr waret lange fort."

„Ja, drei Monate. Ach, Fee, drei herrliche Monate, in denen ich unsagbar glücklich war! Aber nun — ja, weißt du, Fee, nun ist die schöne, sorglose Zeit für mich vorbei."

Fee erschrak. Sollten Ellen schon die Augen geöffnet sein?

„Wie meinst du das, Ellen?" fragte sie unruhig.

Diese atmete gepreßt und lächelte wieder ein wenig verlegen.

„Nun — du kannst es dir doch wohl schon denken, Fee. Um Weihnachten — da werden wir nicht mehr allein sein, mein Harry und ich."

Fee wurde es seltsam bang und unruhig zumute. Sie faßte Ellens Hand.

„Du — du, eine Mutter — ach Ellen, kleine Ellen, wie seltsam ist das."

Ellen nickte und sie sahen sich mit feuchten Augen an.

„Ja, Fee — so seltsam und wunderlich. Ganz anders wird nun das Leben für mich sein. Bisher lebte ich nur immer für mich allein, sowie es mir am besten gefiel. Alles drehte sich zu Hause um mich. Und nun — nun soll ich schon so bald Muttersorgen kennen lernen."

„Aber auch Mutterfreuden, Ellen," sagte Fee sanft. Sie mußte aber mit einem bangen Gefühl in Ellens blasses, schmales Gesicht sehen. Die junge Frau erschien ihr so sehr zart und schwach.

Ellens Augen erstrahlten in weichem Glanze.

„Ja, Fee — ach ja — auch Mutterfreuden. Einen Sohn möchte ich haben, der seinem Vater ähnlich würde in allen Dingen."

Fee legte die Handflächen fest aufeinander und konnte nichts anderes denken, als: „Ach, du Arme!"

Ellen bat Fee nun sehr herzlich und dringend, sie recht oft zu besuchen.

„Denke nur, Fee, der Arzt verlangt schon jetzt, daß ich mich schone, weil ich nicht sehr stark bin. Er sagt, mein Körper gehört jetzt nicht nur mir allein, sondern auch meinem Kinde, für das ich mich gesund erhalten muß. Siehst du, so hat man seine Sorgen. Und Mutter ist unglaublich ängstlich. Ich soll viel liegen wegen meiner zarten Konstitution. Am liebsten sähen sie es alle, wenn ich den ganzen Tag auf dem Diwan läge. Aber das ist doch schrecklich langweilig. Harry ist natürlich sehr glücklich — ganz blaß wurde er vor Erregung, als ich es ihm sagte. Nun hat er sich durch Mamas Angst anstecken lassen und geht mit blassem, erregten Gesicht herum. Ach Fee, mir ist es noch immer wie ein Wunder, daß Harry mich so liebt. Ich bin doch gar nicht so schön. Weißt du, eigentlich wäre es schöner gewesen, wenn wir uns erst ein paar Jahre allein gehabt hätten. Wenn Kinder da sind, ist es ganz anders. Aber es hat eben nicht sein sollen, und da muß man sich fügen. Und nicht wahr, du besuchst mich recht oft, weil ich doch nicht viel ausgehen soll. Du bist mir doch die liebste von allen meinen Freundinnen. Bärbchen und Lorchen Schlüter wollen mich auch besuchen, ich traf sie vorhin. Aber die sind so laut, und ich bin so nervös jetzt. Und dann — sie sind doch nicht verheiratet, wie du, ich kann mit ihnen nicht so sprechen, wie mit dir. Also nicht wahr, du kommst recht oft?"

Fee versprach es zögernd. Sie konnte nicht gut „nein" sagen. Dann aber erbarmte sie auch das zarte, schwache Frauchen. Es war ihr, als müsse sie über Ellen weinen.

Noch schien sie ja glücklich zu sein, noch hatte sie das Bewußtsein, geliebt zu werden. Wenn ihr das genommen wurde — was blieb ihr da?

Bald darauf verabschiedete sich Ellen, noch allerlei in ihrer mitteilsamen Art ausplaudernd, was verschlossenere Naturen wohl für sich behalten hätten.

Fee sah ihr vom Fenster aus nach mit ernsten sinnenden Augen.

Als Ellen ihrem Mann, als dieser vom Dienst nach Hause kam, erzählte, daß sie die junge Frau Ritter besucht habe, wurde er sehr blaß und sprang unruhig auf. Ellen lag auf dem Diwan, er hatte neben ihr gesessen.

Als Ellen ihn erschrocken ansah, faßte er sich mühsam.

„Du sollst doch nicht ausgehen, Ellen," stieß er hervor.

Sie lächelte.

„Ach, Harry, so ängstlich ist das doch nicht. Ihr übertreibt entschieden, Mama und du, in Eurer Sorge um mich. In Watte möchtet Ihr mich am liebsten einwickeln. Nun, zanke nur nicht, mein Harry, ich bin ja freilich ein bißchen müde und matt. schon auf der Reise habe ich das gespürt. Aber da wußte ich noch nicht, woran das lag. Ich hatte nur immer Angst, ich würde krank werden. Aber nun ist das doch alles erklärlich und ich will mich auch gewiß schonen. Fee fragte mich auch gleich, ob ich mich wohl fühle!"

Er wandte sein Gesicht zur Seite.

„So? Und was hast du ihr geantwortet?" fragte er scheinbar leichthin.

„Die Wahrheit natürlich, Harry. Fee ist doch meine Freundin und auch verheiratet. Sie war sehr lieb und verständnisvoll. Uebrigens sieht sie blendend aus. Sie scheint noch schöner geworden zu sein."

Harry Forst starrte durchs Fenster. Seine Augen flammten düster auf. Ihm war, als sähe er Fee in ihrer ganzen Schönheit und Frische vor sich. Er biß die Zähne zusammen.

„Setze dich doch zu mir, Harry," bat Ellen.

Er ließ sich wieder in den neben dem Diwan stehenden Sessel nieder.

„Fee wird mich oft besuchen, Harry, ich habe sie darum gebeten," erzählte Ellen weiter.

Ein Seufzer entfuhr seinen Lippen. Seine Glieder waren wie gelähmt. Dann sah er auf seine junge Frau herab, deren zarte Gestalt in einer Flut von Spitzen fast verschwand. Sie erregte sein Mitleid; er hätte ihr abbitten mögen, daß er sie nicht lieben konnte, hätte ihr sagen mögen, welche Qual in ihm tobte. Aber er dachte daran, was der Arzt ihm und seinen Schwiegereltern gesagt hatte — daß Ellens Herztätigkeit zu wünschen übrig lasse, daß ein organischer Herzfehler, der wohl früher übersehen worden sei, sich jetzt sehr bemerkbar mache. Man müsse die junge Frau außerordentlich schonen und vor allem vor der kleinsten Aufregung hüten, sonst sei Schlimmes zu befürchten.

Also Ruhe — Ruhe.

Harry prägte sich das ein und brachte es über sich noch eine Weile mit Ellen zu plaudern und ihr die geforderten Zärtlichkeiten zu erweisen.

Dann entfernte er sich unter einem Vorwand aus ihrem Zimmer.

Mit düsteren Augen durchschritt er die luxuriösen Räume seiner Wohnung. Hell lachte die Sonne durch die kostbaren Stores und zeichnete die Muster derselben auf dem Parkettfußboden ab.

Ringsum sprach alles von Glanz und Reichtum. In seinem Arbeitszimmer stand ein Geldschrank, wie ihn nur reiche Leute brauchten. Alles war sein, was er erstrebt hatte — aber glücklich — nein, glücklich war er darum doch nicht geworden! Glücklich hätte er nur sein können mit der jugendschönen, goldhaarigen Fee. Wenn diese die schönen Räume mit ihm teilen, wenn sie an seiner Seite inmitten dieses Reichtums einherschreiten würde — ja, das wäre das volle, lachende Glück gewesen.

„Fee, Fee! Warum mußte die Armut uns trennen? Warum durfte ich dich nicht zu einem sorgsamen Leben an meine Seite fesseln? Fee — ich liebe doch nur dich — dich allein," flüsterte er vor sich hin.

(Fortsetzung folgt.)

Neuer Handelsvertrag mit Amerika?

— **Washington**, 14. November. Die Veröffentlichung der Friedensproklamation wird für Anfang nächster Woche erwartet. Es wird behauptet, Amerika würde bereit sein, Vorschläge Deutschlands für den Abschluß eines neuen Handelsvertrags entgegenzunehmen.

Der Anschluß gegen die Deutschen Werke.

— **Berlin**, 14. November. Den Zentralbetriebsrat der Deutschen Werke A.G. ist heute von dem Vorsitzenden der Interalliierten Kontrollkommission, dem General Nollet, empfangen worden. Ob es der Anordnung gelungen ist, die Ententekommission von ihrer unsinnigen Zerstörungsabsicht abzubringen, ist noch nicht bekannt.

400 Millionen Mark Spenden für Oppau.

— **Ludwigshafen**, 14. November. Die für die Hilfsaktion für Oppau von den verschiedenen Organisationen und Behörden eingeleiteten Sammlungen einschließlich der Sammlung der Zeitungen haben bisher den Gesamtbetrag von 400 Millionen Mark ergeben.

Die Bürgerschaftswahlen in Lübeck.

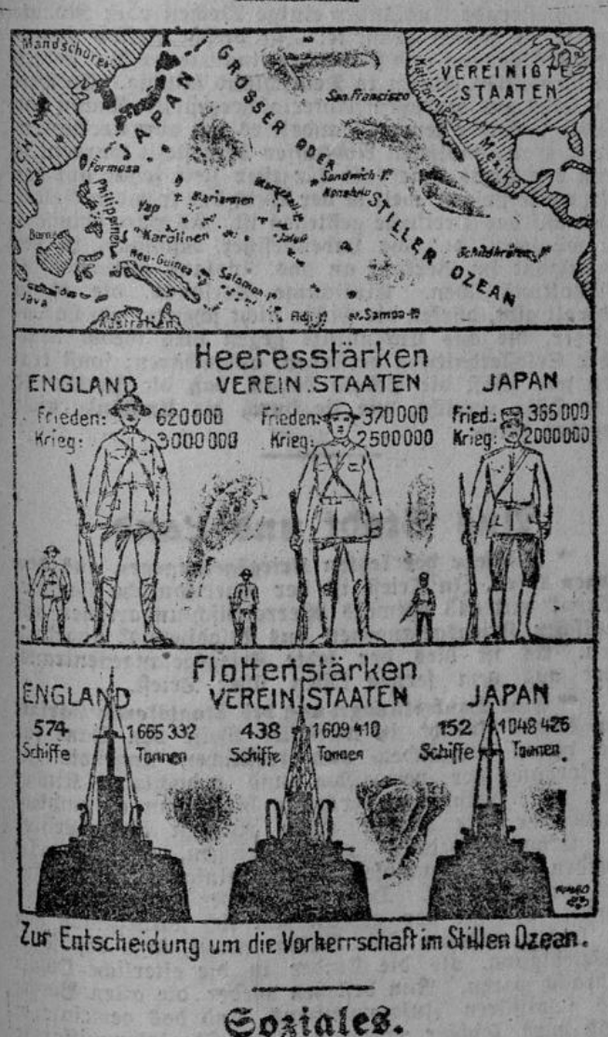
— **Lübeck**, 14. November. Bei den gestrigen Bürgerschaftswahlen haben die sozialistischen Parteien von insgesamt 80 Sitzen 44 Mandate, die bürgerlichen Parteien dagegen nur 36 Mandate erhalten. Bisher war das Verhältnis 42 Sozialisten gegen 38 Bürgerliche, jetzt 44 : 36, so daß also die sozialistische Mehrheit um zwei Sitze stieg.

Amerikas Abrüstungsgrundsätze.

— **Washington**, 14. November. Nach dem Vorschlag des Staatssekretärs Hughes soll der Bau aller Großkampfschiffe der gegenwärtigen Bauprogramme, sowohl der in der Ausführung befindlichen, als auch der geplanten, aufgehoben werden. Ferner soll eine weitere Verminderung durch Ausrangierung gewisser älterer Schiffe stattfinden. Danach würde Großbritannien einzustellen haben den Bau der 4 Hood- und aller Schlachtschiffe zweiter und erster Linie bis zur King Georg-Klasse. Die Vereinigten Staaten würden 15 Kriegsschiffe, die sich im Bau befinden, und 15 ältere Kriegsschiffe zu streichen haben. Japan würde aufgeben die Pläne der zwei Schlachtschiffe und vier Schlachtkreuzer, die sich im Bau befinden, und alle 10 Dreadnought-Schlachtschiffe der zweiten Linie.

Bestürzung in Washington.

— **London**, 14. November. Der Sonderberichterstatter der „Sunday Times" auf der Washingtoner Konferenz meldet seinem Blatt, Amerika habe auf der Konferenz in der ersten Stunde ihres Bestehens eine Bombe platzen lassen, als es sein sensationelles praktisches Programm sofortiger Rüstungsbeschränkungen zur See verkündete. Die Konferenz sei einfach bestürzt gewesen, als Hughes seine Vorschläge unterbreitete. Man sei zwar auf weitreichende Vorschläge von seiten der Vereinigten Staaten gefaßt gewesen, aber diese weittragenden Pläne der amerikanischen Delegation habe man doch nicht erwartet. Der amerikanische Vorschlag einer sofort beginnenden Rüstungspause von zehn Jahren sei selbst für die Amerikaner überraschend gekommen.



Zur Entscheidung um die Vorherrschaft im Stillen Ozean.

Soziales.

+ **Reichsfürsorgekonferenz.** Der Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands hat auf den 20. und 21. November ins Gebäude des früheren Herrenhauses zu Berlin eine Reichsfürsorgekonferenz einberufen, die Maßnahmen gegen die zunehmende Not der Arbeits- und Zivil-Invaliden, Witwen und Waisen sowie den Ausbau der Sozialversicherung und sozialen Fürsorge beraten soll.

+ **Die Not der Kriegsopfer.** Der Bundesvorstand der Wirtschaftlichen Vereinigung Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener Deutschlands, Sitz Berlin, hat nachstehendes Telegramm an die Reichsregierung, an das Reichsfinanzministerium, den Reichsarbeitsminister, den Reichstag, sowie an den Reichspräsidenten abgesandt:

„Die Not der Kriegsopfer ist ins Unermeßliche gestiegen. Trotz vieler Eingaben, die Unanerkennungen zu beschleunigen, ist bisher noch nichts geschehen. Wir ersuchen nunmehr schleunigst, Maßnahmen zu treffen, die ermöglichen, daß die bei der neuen Beamtenbesoldung und Einkommensregelung maßgebenden Gesichtspunkte auch auf das Reichsversorgungsgesetz Anwendung finden. Die Empörung der Versorgungsberechtigten ist auf das äußerste gestiegen. Helfen Sie, bevor es zu spät ist."

+ **Aufbesserung der Teuerungszuschüsse für die Kriegsbeschädigten.** Wie von parlamentarischer Seite mitgeteilt wird, steht eine Aufbesserung der Teuerungszuschüsse für die Opfer des Krieges in sicherer Aussicht. Der 19. Ausschuß des Reichstages wird sich in der nächsten Zeit mit der Frage der Aufbesserung der Bezüge für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen beschäftigen.

Aus Stadt und Land.

** **Ein Walfisch in der Elbe erlegt.** Seit einigen Tagen bemerkten Fischer ein riesiges, fischähnliches Tier in der Elbe. Die Vermutung, daß ein Walfisch durch den letzten orkanartigen Sturm in die Elbe verschlagen worden sei, bestätigte sich: das Tier war ein Finnlandwal. Jetzt ist es Fischern aus Hoopte gelungen, das mächtige Tier zu erlegen. Sie umstellten es und trieben es ans Ufer, wo es durch einige Gewehrschüsse getötet wurde. Der Wal hat eine Länge von 5—6 Metern und einen Bauchumfang von 3,30 Meter. Das Gewicht wird auf 39—40 Zentner geschätzt.

** **Verheerende Brände.** In den Ambiwerken in Merseburg, Abteilung Eisengießerei und landwirtschaftliche Maschinen, brach ein Großfeuer aus, das die Gießerei, die Formerei und den Modellschuppen mit wertvollen Modellen einäscherte. Der Schaden geht in die Millionen. Im Dampfsägewerk Zellwald bei Nosse brach ein Feuer aus, das in kurzer Zeit verheerenden Umfang annahm und das große Werk bis auf das Kesselhaus vollständig einäscherte. Der Schaden an Gebäuden, Maschinen und Rohstoffen ist riesig.

** **Lebensmittelplünderungen in einer Berliner Arbeitervorstadt.** In Neukölln haben am Dienstag mehrere Trupps von Arbeitslosen, Männern und Frauen, eine Reihe von Lebensmittelgeschäften ausgeplündert, ohne daß die schwachen Polizeistreifen die Ausschreitungen verhindern konnten. Die Menge schlug die Fensterscheiben ein und drang unter Drohungen in die Geschäfte ein. Die Demonstranten packten Butter, Margarine, Käse usw. in Körbe und Taschen ein, zum Teil wurden die Kisten mit Margarine, Eiern usw. geraubt. Erst als polizeiliche Verstärkungen herankamen, zerstreute sich die plündernde Menge. Die Plünderer behaupteten, daß sie arbeitslos seien und heute keine Erwerbslosenunterstützung erhalten hätten. Aus diesem Grunde müßten sie zur Selbsthilfe greifen. Infolge der bedenklichen Vorgänge haben zahlreiche Geschäfte in Neukölln, vor allem die Butter- und Nahrungsmittelgeschäfte, geschlossen. Die Schutzpolizei hat stärkere Abteilungen nach Neukölln entsandt.

** **Diplomatische Einbrüche in Hamburg.** Im spanischen Generalkonsulat erbeuteten Einbrecher dreihunderttausend Mark deutsches Geld und eine größere Summe Dollarnoten, ferner eine schwere goldene Herrenuhr mit Kette. Der zweite Besuch der Bande galt dem polnischen Konsulat. Hier müssen die Einbrecher verscheucht worden sein, denn nachdem sie den Geldschrank teilweise schon angebohrt hatten, entfernten sie sich, ohne Beute gemacht zu haben.

** **Schwere Benzinexplosion bei Wiesbaden.** In der Oelfabrik Fauth in dem Wiesbadener Vorort Dotzheim sind auf bisher noch unaufgeklärte Weise 30 000 Liter Benzin explodiert, die in Tanks im Keller lagerten. Die Wirkung der Explosion war geradezu furchtbar. Das vierstöckige Gebäude stürzte in sich zusammen und begrub fünf oder sechs Arbeiter unter seinen Trümmern. In der gegenüberliegenden Fabrik wurden sämtliche Fensterscheiben zertrümmert und durch Glassplitter etwa 100 Arbeiterinnen zum Teil erheblich verletzt. Auch am Gebäude und den Maschinen wurde schwerer Schaden angerichtet. Der Schaden beläuft sich auf viele Millionen. Durch die Explosion des Benzins sind auch die großen Oelvorräte in Brand geraten und zum Teil vernichtet worden.

** **Geplantes Faschingsverbot für das Reich.** Wie verlautet, haben sich die süddeutschen Regierungen für ein durchgreifendes Verbot des Faschings 1922 ausgesprochen. Es schweben augenblicklich Verhandlungen zwischen den süddeutschen Regierungen und der Reichsregierung, die die Frage erwägen, ein Reichsgesetz über ein allgemeines Faschingsverbot zu erlassen.

** **Explosion eines Luftkompressors: 10 Tote.** In Paris explodierte ein Luftkompressor in einer Automobilfabrik am Quai de Javel. Es entstand ein Brand, der schnell gelöscht werden konnte. Die Explosion forderte zehn Opfer.

** **Lloyd George Landgutbesitzer.** Lloyd George hat einen großen Teil des Landgutes Chut von Admiral Ashcombe gekauft, das ungefähr fünf Meilen von Farnham entfernt liegt.

** **Das große Los.** Am Montag vormittag wurden in der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie die Prämien zu 750 000 Mark und 250 000 Mark auf die Nummern 220 344 und 171 958 gezogen.

** **Millionenerbschaft.** Der auf der Zeche Emscher-Lippe in Datteln beschäftigte Schlosser Gotthold Schober hat aus Amerika die Mitteilung erhalten, daß ihm dort eine Erbschaft in Höhe von 50 586 Dollar zugefallen sei. Die Erbschaft geht zwar in drei Teile; immerhin erhält Schober eine hübsche Summe, denn nach dem heutigen Kursstande ergibt die Summe von 50 580 Dollar über 15 Millionen Mark.

** **Automobilunfall des Generals Le Rond.** Am Sonntag verunglückte auf einer Autofahrt auf der Chaussee Tischau—Nikolai der Vorsitzende der Interalliierten Kommission in Oberschlesien, General Le Rond, mit Gattin. Le Rond blieb unverletzt, seine Gattin wurde leicht verletzt. Der Chauffeur erlitt schwere Knieverletzungen.

** **Aufdeckung einer Milliardenschiebung in Oesterreich.** Bei der Durchsuchung des Luxuszuges Wien—Amsterdam wurde ein Riesenschmuggel entdeckt. Drei Bankbeamte, die eine Sendung von 61 Kisten mit Feinsilber im Auftrage der österreichischen Regierung nach Holland zum Ankauf von Lebensmitteln bringen sollten, führten außerdem noch 4 überzählige Kisten mit ausländischen Devisen im Werte von 4 Milliarden Kronen bei sich. Der Inhalt der vier überzähligen Kisten wurde beschlagnahmt. Gegen die Beamten ist ein Untersuchungsverfahren eingeleitet.

Kleine Nachrichten.

* In Berlin haben drei Geschwister im Alter von 67, 63 und 71 Jahren Selbstmord begangen. Anscheinend hat die Not der Zeit sie zu dem gemeinschaftlichen letzten Schritt getrieben.

Aus Stadt, Kreis und Provinz.

_ **Steinheim**, 15. November.

△ **Steuererlaß bei Existenzgefährdung.** Nach einem Erlaß des Finanzministers sollen bei der Veranlagung des Reichseinkommensteuergesetzes besondere wirtschaftliche Verhältnisse, die die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen, durch völligen oder teilweisen Erlaß der Steuer berücksichtigt werden, sofern das steuerbare Einkommen den Betrag von 30 000 Mark nicht übersteigt. (§ 1126 des Gesetzes.) Der Minister erwartet, daß die Finanzämter von dieser Befugnis auch bei den mittellosen und schwachbegüterten Personen, die durch die Notlage der Zeit in höherem Alter noch zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit gezwungen sind, in angemessener Weise Gebrauch machen werden. Bei der starken Verschiedenheit der Fälle und bei der Schwierigkeit der Abgrenzung, läßt sich hier jedoch eine bestimmte allgemeine Norm ohne erhebliche Unzuträglichkeiten nicht aufstellen. Auf dem Gebiet der preußischen Gewerbesteuer können veranlagte Steuerbeträge in einzelnen Fällen niedergeschlagen werden, wenn deren zwangsweise Beitreibung die Steuerpflichtigen in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährden würde.

+ **Elftausend Wartegeldempfänger.** Im Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten kam zur Sprache, daß ein Gesetzentwurf über die Verwendung von Wartegeldempfängern in Vorbereitung ist. Bei dieser Gelegenheit teilte der Leiter der Zentralausgleichsstelle mit, daß an ehemaligen Heeres- und Marinebeamten sowie an Beamten aus den abgetretenen Gebieten noch 11 000 Wartegeldempfänger vorhanden sind, von denen nur 6000 Aussicht haben, in absehbarer Zeit etatsmäßig angestellt zu werden.

+ **Auszahlung der erhöhten Beamtengehälter.** In einer Besprechung der Fraktionsführer des Reichstages mit dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes wurde eine gemeinsame Entschließung gefaßt, die die Annahme der Regierungsvorlage über die erhöhte Beamtenbesoldung durch den Reichstag bedeutet. Die Vorlage dürfte noch diese Woche erledigt werden. Es werden auch bereits Vorkehrungen getroffen, damit die Auszahlung der erhöhten Gehälter in kürzester Frist, also in etwa 14 Tagen, erfolgen kann. — Auch im preußischen Landtage fand eine Besprechung der Landtagsfraktionen über die in Aussicht genommene Teuerungsaktion für die Beamten usw. statt. Die Angelegenheit ist damit derartig beschleunigt worden, daß die Auszahlung der erhöhten Gehälter sofort erfolgen kann, nachdem Reichstag und Landtag ihre Zustimmung ausgesprochen haben werden. Bis Ende dieser Woche dürfte das geschehen sein.

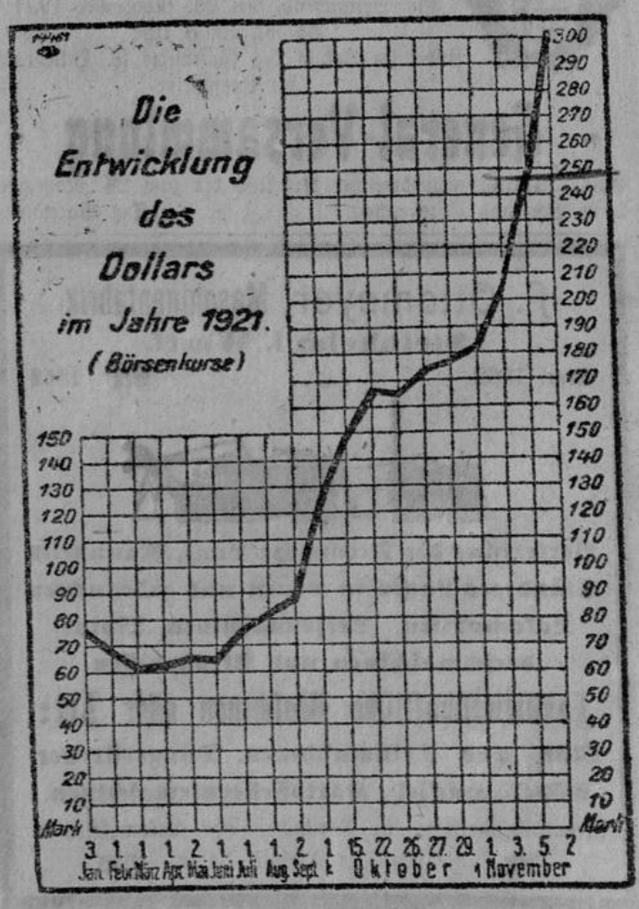
*— Aus dem Schaumburger Walde, 15. Novbr. Bei den hier stattgefundenen Nutzholzverkäufen wurden ungeheure Preise angelegt. Der Festmeter Eichenstammholz kam im Durchschnitt auf 2000 bis 3000 Mark zu stehen, minderwertiges ging auch für 800—1200 Mark ab. Eine Eiche, die sog. Kronen-Eiche, kam auf über 31 000 Mark. Es war natürlich der schönste und bestgewachsene Baum des Schaumburger Waldes.

*— **Stolzenau**, 16. Nov. In der Ortschaft Leese geriet die Familie des Brennereibesitzers in Lebensgefahr, nachdem sie beim Schlachtefest das sogenannte Knipp (lose Wurst) genossen hatten. Bei allen, die von dem Knipp gegessen hatten, stellte sich schwere Uebelkeit und Erbrechen ein, jedoch gelang es schnell herbeigeeilter ärztlicher Hilfe, die Familie vom Tode zu retten. Der Maschinenführer, der bereits 15 Jahre lang im Dienste der betreffenden Familie war, fand jedoch den Tod. Dem Vernehmen nach, wird das Unglück auf alte Grütze zurückgeführt, die in geringen Mengen bei der Knippherstellung Verwendung gefunden haben soll.

*— **Hamburg**, 15. November. Einen schweren Verlust erlitt ein Amerikaner, der abends auf St. Pauli eine „Dame" kennen lernte und mit ihr eine Vergnügungstour durch Kaffeehäuser und sonstige Lokale machte. Er mußte später feststellen, daß ihm von seiner Begleiterin 90 000 Mark in barem Geld und Schmucksachen von gleichem Wert entwendet worden waren.

Volkswirtschaft.

Erhöhung der Kohlensteuer um 30 Prozent. Der Kohlensteuerausschuß des Reichswirtschaftsrates hat dem Entwurf eines Gesetzes über Aenderung des Kohlensteuergesetzes unter der Voraussetzung zugestimmt, daß der Steuersatz nicht 40 v. H., wie es die Regierungsvorlage vorsah, sondern nur 30 vom Hundert betragen soll.



Aufgebot.

Es haben beantragt:

A. zum Zwecke der Kraftloserklärung von Hypothekenbriefen:

1. der Wegewärter Wilhelm Kropp in Steinheim das Aufgebot der Hypothekenurkunde über die jetzt im Grundbuche von Steinheim Band 21 Blatt 123 in Abtlg. III Nr. 1, ursprünglich in vol. 23 fol. 1185 rubr. III Nr. 3 des Hypothekenbuchs von Steinheim für den Kaufmann Kaspar Schrader jun. in Steinheim eingetragene Post von 30 Talern Darlehn nebst 5 Prozent Zinsen eingetragen zufolge Obligation vom 23. August 1854 am 23. August 1854.
2. der Ackerknecht Josef Volkhausen in Rolfzen das Aufgebot der Hypothekenurkunde über die jetzt im Grundbuche von Rolfzen Band 2 Blatt 39, Abt. III Nr. 1, ursprünglich auf Flur 2 Nr. 151, 245, 246, 302 und 308 der Gemeinde Rolfzen in vol. 1 fol. 15 rubr. III Nr. 3 des Hypothekenbuchs von Rolfzen für die Katholische Pfarre in Steinheim eingetragene Post von 25 Talern nebst fünf Prozent am 1. Dezember fälligen Zinsen, eingetragen zuf. Verfügung vom 18. Dezember 1861 aus der Urkunde vom 5. Dezember 1861.
3. der Ziegler Wilhelm Frühling in Sandebeck Nr. 6 das Aufgebot der Hypothekenurkunde über die jetzt im Grundbuche von Sandebeck, Band 4 Blatt 2 in Abt. III Nr. 1, ursprünglich auf Flur 4 Nr. 58, 580/179, 581/180, Flur 5 Nr. 89 und 90 der Gemeinde Sandebeck in vol. 2 fol. 62 rubr. III Nr. 2 des Hypothekenbuchs von Sandebeck für die Schulkasse in Sandebeck eingetragenen 15 Talern, fünf Silbergroschen 10 Pfennig Darlehn nebst 5 Prozent Zinsen und Kosten, eingetragen zufolge Verfügung vom 22. Dezember 1845 aus der Urkunde vom 26. November 1845.
4. der Katholische Kirchenvorstand zu Lügde bezw. die Eheleute Maurer Josef Hoppe in Lügde das Aufgebot der Hypothekenurkunde über die jetzt im Grundbuche von Lügde Band 29 Blatt 501 in Abt. III Nr 1 ursprünglich auf Flur 13 Nr. 6 fol. 7 rubr. III Nr. 1 des Hypothekenbuchs von Lügde für die Kirche zu Lügde eingetragenen Sechzig Talern Konv. Münze Darlehn nebst 5 Prozent Zinsen, eingetragen auf Grund des Anerkenntnisses und der Schuldurkunde vom 1. Dezember 1818 zufolge Verfügung vom 3. September 1821.

B. zum Zwecke der Ausschließung der Hypothekengläubiger gemäß § 1170 B. G. B.

1a. der Rentner Karl Düwell in Steinheim als Bevollmächtigter des Vorstandes der Molkerei Steinheim, e. G. m. u. H. in Steinheim,
b. die Witwe Landwirt Friedrich Hötger, Friederike geb. Mense in Wöbbel Nr. 11,
c. der Tischler August Borst in Steinheim,
d. der Magistrat der Stadt Steinheim für die Stadt Steinheim, das Aufgebot der im Grundbuche von Steinheim und zwar:
zu a der dort Band 37 Blatt 708 Abt. III Nr. 2
zu b der dort Band 28 Blatt 388 Abt. III Nr. 3
zu c der dort Band 39 Blatt 788 Abt. III Nr. 2
zu d der dort Band 34 Blatt 577 Abt. 111 Nr. 2
ursprünglich aber auf Flur 4 Nr. 57 und 58 und Flur 7 Nr. 76 des alten Flurbuchs von Steinheim in vol. 11 fol. 564 rubr. III Nr. 2 des Hypothekenbuchs von Steinheim zufolge Verfügung vom 6. April 1847 eingetragenen 120 Taler Konventionsmünze Darlehn nebst 5 Prozent Zinsen und Kosten für den Rentmeister Werner Kleinschmidt in Steinheim aus der Obligation vom 3. November 1812.
2. der Bahnarbeiter Anton Hindahl in Bergheim das Aufgebot der jetzt im Grundbuche von Bergheim Band 3 Blatt 6 in Abtlg. III Nr. 1, ursprünglich vol. 1 fol. 7 rubr. III Nr. 32 des Hypothekenbuchs von Bergheim auf die dort unter lfd. Nr. 1 bis 34 des Titelblatts aufgeführten Grundstücke ex decreto de 5. Mai 1843 eingetragenen 48 Taler Darlehn mit 5 Prozent Zinsen und Kosten laut Urkunde vom 1. April 1841 für den Christof Boekenbrink zu Bergheim.

3a. der Schlosser Josef Henning in Steinheim,
b. der Wegewärter Friedrich Reineke in Steinheim Nr. 301, beide vertreten durch Justizrat Scheibner in Steinheim,
das Aufgebot der im Grundbuche von Steinheim und zwar zu a der dort Band 17 Blatt 49 Abt. III Nr. 1 und zu b der dort Band 32 Blatt 521 Abt. III Nr. 1, ursprünglich aber Band 2 Blatt 82 Abt. III Nr. 3 auf den dort Abt. I Nr. 1 bis 10 und 19 bis 24 aufgeführten Grundstücke am 14. Februar 1878 eingetragenen viertausendneunhundertundvierzig Mark mit 5 Prozent Zinsen seit 24. Januar 1878 für Salli Hochheimer zu Steinheim aus der Schichtungsurkunde vom 24. Januar 1878.
4. die Eheleute Tagelöhner Josef Ostermann und Anna geb. Borgmeier verw. Fattmann zu Sandebeck, vertreten durch Justizrat Scheibner in Steinheim das Aufgebot der jetzt im Grundbuche von Sandebeck Band 2 Blatt 44 Abt. III Nr. 7, ursprünglich vol. 1 fol. 5 Abt. III Nr. 20 des Hypotekenbuches von Sandebeck auf den hier Titelblatt Nr. 1. 2. 4. 5. 7. 8. 9 und 10 aufgeführten Grundstücken eingetragenen Sechshundertvierzig Mark Darlehn mit 4 Prozent Zinsen seit dem 13. April 1892 und sechsmonatliche Kündigungsfrist für die Pauline von der Lippe zu Düscheven auf Grund der Schuldurkunde vom 21. September 1892, eingetragen am 22. September 1892.

Die unbekannten Inhaber der unter A 1 bis 4 bezeichneten Hypothekenbriefe und die unbekannten Gläubiger bezw. deren Rechtsnachfolger der unter B 1 bis 4 aufgeführten Posten werden aufgefordert, spätestens in dem auf den

24. Februar 1922, Vormittags 11 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte, Zimmer Nr. 8 anberaumten Aufgebotstermine ihre Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, andernfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird, bezw. die Gläubiger mit ihren Rechten ausgeschlossen werden.

Steinheim, den 28. Oktober 1921.

Das Amtsgericht.

Bekanntmachung!

Die Ausgabe der Brotkarten für die Zeit vom 21. Novbr. bis 18. Dezember findet am Freitag statt und zwar:

für die Hausnummern	1—75	von 11—12	Uhr
" " "	76—125	" 12—1	"
" " "	126—200	" 2—3	"
" " "	201—275	" 3—4	"
" " "	276—325	" 4—5	"
" " "	326—475	" 5—6	"

Steinheim, den 14. November 1921.

Der Bürgermeister. J. V.: Reineke.

Bekanntmachung!

Auf meine Anfrage hat der Herr Kreistierarzt zur Bekämpfung der Rattenplage Meerzwiebel als wirksames Mittel empfohlen, worauf hiermit zur Beachtung hingewiesen wird.

Der Bürgermeister. J. V.: Reineke.

Turnverein Steinheim.

Am Sonnabend, den 26. November 1921
Abends um 8 Uhr
findet im Lokale des Gastwirts F. Hillebrand die diesjährige

- General-Versammlung -

statt. Anträge irgendwelcher Art sind bis zum 24. November beim Vorstand einzureichen. Der Vorstand.

F. Ottomeyer, Maschinenfabrik
Steinheim i. Westf.
Gegr. 1862. Gegr. 1862.



Vertretung der Firma Hr. Lanz, Mannheim
Ständiges Lager in neuen und gebrauchten Lokomobilen, Dreschmaschinen, Motordreschmaschinen und Strohpressen
Landwirtschaftliche Maschinen aller Art:
Mäh- und Drillmaschinen, Düngerstreuer, Göpel-, Häcksel-, Kartoffellerntemaschinen.
Reparaturwerkstatt für Dreschmaschinen, Lokomobilen 2c.
Reichhaltiges Reserveteillager.

Empfehle:
Sprengel-Schokolade

Fondant	125	Gramm	6.75 Mk.
Mild	100	"	5.50 "
Herb	100	"	5.75 "
Vanille	100	"	5.00 "

Sprengel-Plätzchen, 1/4 Pfd. 7.00 "
ff. Pralinen, 1/4 Pfd. 5.50, 6.50, 7.50.
ff. Kant-Pralinen, Cart. 1/2 Pf. 12.50.
Hans Wallbaum, Steinheim.
— Marktplatz Nr. 2 —



Elektro-Motoren
W. Noll, Maschinenfabrik
Minden i. Westf.

Lästige Haare
Damen-Bärte entfernt schmerzlos Pulver „Odin."
Zu haben bei:
Herm. Eichler, Markt-Drog.

Gesichts-Ausschlag
Pickel, Mitesser, Flechten verschwinden meist sehr schnell, wenn man den Schaum von Zucker's Patent-Medizinal-Seife abends eintrocknen läßt Schaum erst morgens abwaschen und mit Zuckooh-Creme nachstreichen. Großartige Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften erhältlich.



Der Raucher erfrischt seine Lunge am besten durch Nyberti-Tabletten; sie schmecken vorzüglich und schützen zugleich vor Erkältung und deren Folgen.
In allen Apotheken und Drogerien
Nyberti TABLETTEN

Kaufwut und Verkaufsfreudigkeit.

Wenn jetzt über den Ausverkauf Deutschlands geklagt wird, so muß man dabei bedenken, daß zum Ausverkauf immer zwei gehören: Einer, der auskaufen möchte, und ein zweiter, der sich auskaufen läßt. Im Rheinland ist es verschiedentlich vorgekommen, daß die Inhaber von Läden Ausländern den Verkauf von Waren versagten, die offensichtlich den privaten laufenden Bedarf überstiegen. Leider sind es nicht allzu viele, die zu solcher Weigerung den Mut finden. Es gibt immer noch zahlreiche Ladenbesitzer, die sich freuen, wenn sie mit einem Schlage ihren gesamten Vorrat an Regenschirmen, Strümpfen, Handschuhen, Kämmen und Bürsten absetzen können, und die dann abends nach Abschluß der Kasse mit Befriedigung feststellen, daß sie „ein paar tausend Mark verdient" haben. Mit behördlichen Verboten ist leider den zahlungsfähigen Ausländern nicht beizukommen. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat ein solches Verbot erlassen, hat aber die dauernd im besetzten Gebiet wohnenden Ausländer, die Angehörigen der Besatzungsarmee, sowie die Besatzungsbehörden ausdrücklich von dem Verbot ausschließen müssen. Auch mit den Einschränkungen des Grenzverkehrs, wie sie an der Grenze Badens und Hessens durchgeführt werden, ist noch kein wirksamer Riegel vorgeschoben. Man hört oft sagen, der Massenverkauf an Ausländer sei vielleicht nicht volkswirtschaftlich nützlich, und widerstrebe vielleicht dem Gemeininteresse, sichere aber dem Verkäufer tatsächlich hohen Gewinn. Dies trifft keineswegs zu. Der ausländische Hamster kauft in einem Laden heute die ganzen Bestände auf, wird aber nicht zu einem regelmäßigen treuen Kunden des Geschäfts. Die regelmäßige deutsche Kundschaft solcher Läden, welche nicht die Barmittel zur Verfügung hat, um sich Vorräte zu kaufen, findet bei späterem Bedarf entweder die Bestände geräumt, oder aber sie muß sehr viel höhere Preise anlegen, als sie der hamsternde Ausländer einige Wochen oder Monate vorher zu zahlen brauchte. In diesen Zeiten zunehmender Teurung und steigender finanzieller Not steigen die Produktionskosten in Deutschland ständig. So werden selbst aus deutschem Material hergestellte Waren von Woche zu Woche teurer. Handelt es sich aber um Waren, die aus ausländischen Rohstoffen hergestellt wurden, so muß der Preis innerhalb kürzester Zeit sogar auf das Mehrfache steigen, weil ja der Wert des fremden Geldes etwa auf das Dreifache gestiegen ist. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Ladenbesitzer besonders in der Grenzzone im Verkauf an das Ausland äußerste Zurückhaltung üben. Einsichtige Personen, die es ja überall gibt, dürfen die Mühe nicht scheuen, um Ladenbesitzer, die aus Unkenntnis gegen dies Gebot deutscher Selbsterhaltung verstoßen, aufzuklären; sonst tragen wir selbst die Schuld daran, daß die Preiswelle eine Höhe erreicht, wie sie durch die Umstände nicht gegeben wäre.

Aus Stadt und Land.

** **Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen aus dem fernen Osten.** In Triest ist der amerikanische Dampfer „Crook" mit 443 ehemals österreichisch-ungarischen und deutschen Kriegsgefangenen aus Wladiwostok angekommen. Es ist dies der letzte Kriegsgefangenentransport aus dem fernen Osten über Triest.

** **Eine Dankeskundgebung des Staatskommissariats für Oppau** spricht in wärmster Weise den Dank für die vielen rührenden und tröstlichen Angebote zur Versorgung der verwaisten und obdachlosen Kinder aus. Aus technischen Gründen hielt man es empfehlenswerter, die Kinder unter Aufsicht ihrer Lehrer in Erholungsheimen unterzubringen. Mittlerweile wurden die obdachlosen Eltern einigermaßen wohnlich untergebracht. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das in der großen Not sich naturgemäß wie zu keiner anderen Zeit fühlbar macht, fand erst seine Befriedigung, als die Kinder in die elterliche Obhut gebracht waren. Nun bestehen wieder die alten Bande des familiären Zusammenseins, und das gemeinsame Leid wird leichter ertragen. Das Staatskommissariat dankt herzlich für alle Angebote und Scherflein helfender Menschenliebe.

** **Die Besatzungslasten.** Nachdem erst im vergangenen August etwa 30 Millionen Mark von der französischen Besatzungsbehörde zum Bau und zum Einrichten von Kasernements und Wohnungen für die französische Besatzung in Kreuznach vom Deutschen Reich gefordert worden sind, werden in den nächsten Tagen von der Intendantur der Rheinarmee in Mainz weitere 20 Millionen Mark hierfür gefordert werden.

** **Unfall des Dampfers „Württemberg".** Der Dampfer „Württemberg" der Hamburg-Amerika-Linie, der Cuxhaven verlassen hatte, erlitt kurz nach der Ausfahrt einen Maschinenschaden durch Bruch des Niederdruckschiebers. Da der Schaden mit Bordmitteln nicht behoben werden konnte, ist der Dampfer nach Cuxhaven zurückgekehrt. Falls die Reparatur nicht binnen kurzem beendet sein kann, wird der Dampfer „Bayern" die Passagiere der „Württemberg" nach Newyork bringen.